

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -**

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **28. März 2017** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **20.50** Uhr)

im **Rathaus Neureut, Sitzungssaal**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Jürgen Stober**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **18** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Steffen Seibert (V)
Dr. Dorothea Hansis (V)

Schriftführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Achim Weinbrecht**
Bauamtsleiterin Patricia Arnold

Zu TOP 1:

Norbert Hacker, Umwelt
und Arbeitsschutz Stadt Karlsruhe

Monika Bregulla, Umwelt
und Arbeitsschutz Stadt Karlsruhe

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **17.03.2017** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **23.03.2017** ortsüblich bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Zu Punkt 1 der T.O.: Fortschreibung Lärmaktionsplan 2016 – Ruhige Gebiete / Erholungszonen
schriftliche Vorlage Nr. 12/2017

Zu diesem TOP begrüßt der Vorsitzende Norbert Hacker und Monika Bregulla von Umwelt und Arbeitsschutz der Stadt Karlsruhe sehr herzlich.

Der Vorsitzende erläutert, dass der Lärmaktionsplan den Ortschaftsrat schon mehrmals beschäftigte. Dabei weist er darauf hin, Lärmschutz sei ein wichtiger Bestandteil des Arbeits- und Umweltschutzes. Er solle vor körperlichen, seelischen, materiellen Schäden und auch vor Vermögensschäden schützen sowie vielem anderen. Die Stadt Karlsruhe hat als Ballungsraum mit mehr als 250.000 Einwohnern gemäß Bundesimmissionsschutzgesetz Lärmaktionspläne aufzustellen, mit denen Lärmprobleme und Lärmauswirkungen geregelt werden. Die erste Fortschreibung des Lärmaktionsplanes wurde in der Gemeinderatssitzung am 19. Juli 2016 beschlossen. Für die Ausweisung „Ruhiger Gebiete“ wurde damals eine separate Beschlussfassung in Aussicht gestellt. Gemäß des Bundesimmissionsschutzgesetzes soll das Ziel der Lärmaktionspläne auch sein, „Ruhige Gebiete“ gegen eine Zunahme des Lärms zu schützen. Im Rahmen der Fortschreibung des Lärmaktionsplans sollen daher auch „Ruhige Gebiete“ ausgewiesen werden.

Norbert Hacker führt einleitend Allgemeines sowie Zielsetzung des Lärmaktionsplans aus, und betont, es existierten derzeit keine verbindlichen Vorgaben für die Auswahlkriterien von „Ruhigen Gebieten“. Der Ballungsraum bestimme eigenständig einen Wert des Lärmindex, der nicht überschritten werden solle (Tag-Abend-Nacht-Lärmindex).

Als Zielsetzung nennt er, dass die „Ruhigen Gebiete“ und „Erholungszonen“ vor einer Zunahme des Lärms geschützt werden sollen. Dabei sind temporäre Vorkommnisse wie Veranstaltungen, temporärer Bau- oder Betriebslärm und Fehlverhalten Einzelner (z.B. lautes Radiohören) mit der Ausweisung „Ruhiger Gebiete“ nicht zu regeln. Die Ausweisung von „Ruhigen Gebieten“ stelle eine kommunalpolitische Zielsetzung ohne rechtliche verbindliche Bedeutung nach außen dar. Allerdings sei sie ein zusätzlicher Abwägungsbelang bei zukünftigen Planungen. Danach erklärt Norbert Hacker die Auswahlkriterien mit Merkmalen, wie Wald, Grünflächen, Parkanlagen bei den „Ruhigen Gebieten“ oder bei „Erholungszonen“ mit Grün- und Erholungsflächen mit hoher Aufenthaltsfunktion.

Der Lärmpegel bei „Ruhigen Gebieten“ liege bei höchstens 50 Dezibel im Kernbereich, bei einer „Erholungszone“ bei maximal 55 Dezibel.

Eingehend auf die Gebiete, die Neureut tangieren, zeigt Hacker die Steckbriefe zum „Alten Flugplatz“ sowie „Nördlicher Hardtwald“ als „Ruhige Gebiete“ auf. Dabei sei beim Alten Flugplatz die Entwicklung im Rahmen von „Zukunft Nord“ mit berücksichtigt. Der Bereich des „Ruhigen Gebietes“ stelle sich als „schmales Band“ dar, so Hacker. Es liegt im Naturschutzgebiet „Alter Flugplatz“ mit einer Größe von 38 ha. Neben dem Naturschutzgebiet besteht ein FFH-Gebiet. Der Bereich wird als Wiesenfläche genutzt, wobei der Kernbereich nicht zugänglich sei. Der Lärmpegel liege unter 50 Dezibel. Als Zielsetzung führt Hacker für das Gebiet, in dem sich keine bestehenden Anlagen befinden, den Erhalt des gegenwärtigen Zustandes, an. Die östlich des Gebietes laufende Rahmenplanung Zukunft Nord werde keine Konflikte mit dem „Ruhigen Gebiet“ nach sich ziehen.

Das 885 ha große Gebiet „Nördlicher Hardtwald“ liegt im nördlichen Hardtwald. Die durchquerende L 604 trennt das Gebiet in zwei Bereiche. Die beiden ruhigen Gebiete liegen in ausreichender Entfernung zur Straße, so dass Lärmemissionen eine untergeordnete Rolle spielen. Der Lärmpegel liegt unter 50 Dezibel beim bestehenden Landschafts- und Vogelschutzgebiet, FFH-Gebiet und ist gesetzlich geschützter Erholungs – und Immissionsschutzwald. In dem Gebiet sind keine bestehenden Anlagen vorhanden, der vorhandene Schießstand am Adenauerring befindet sich weit außerhalb des Gebiets, das als Waldgebiet genutzt wird. Ziel sei, betont Hacker, den gegenwärtigen Zustand zu erhalten. Zukünftige lärmrelevante bauliche Nutzungen sind derzeit nicht absehbar.

Ortschaftsrat Jürgen Marin meint, es mache Sinn, die Bereiche im Lärmaktionsplan auch zu benennen. Meistens werde ja von der anderen Seite her gedacht, nämlich in welchen Gebieten Lärm reduziert werden könne. Allerdings sei es schade, dass der Lärmaktionsplan mit einer „Kann-Bestimmung“ verbunden sei. Gut sei, dass man dies bei Maßnahmen wenigstens berücksichtigen könne - er hätte sich allerdings etwas mehr an dieser Stelle gewünscht.

Zudem erfährt er, dass die Ermittlung der Gebiete rechnerisch erfolgt sei.

Ortschaftsrat Herbert Böllinger führt aus, man wisse, dass Lärm krank machen könne. Deshalb sei es richtig und gut, diese Initiative durchzuführen. Allerdings sei der Lärmaktionsplan rechtlich nicht verbindlich, weist Böllinger auf die Einschränkung hin, er sei ein Abwägungselement, könne aber beispielsweise bei Bebauungsplänen berücksichtigt werden. Hier bestehe jedoch die große Gefahr, dass er bei stärkeren Interessen schnell in den Hintergrund geraten könne.

Auf seine Frage, was man tun könne, um dies zu verhindern, antwortet Norbert Hacker, dass dies auf dem Wege der politischen Abwägung bzw. eines

entsprechenden politischen Votums möglich sei. Hacker zieht als Beispiel den Bodenschutz heran, der auch nur ein Abwägungselement sei. Man gehe davon aus, dass die Entwicklung erst beginne. Vielleicht werde die EU hier in Zukunft griffiger werden, meint er. Der Lärmaktionsplan sei eine freiwillige Leistung, die Lärmkartierung sei hierbei die einzige Verpflichtung. Wie die Kommunen darauf reagieren, sei eine freiwillige Leistung.

Fraktionsvorsitzender Dieter König hält es für wünschenswert, dass dieser Prozess in Zukunft gesetzlich abgesichert werde – eventuell über europäische Richtlinien. Wenn man ein Gebiet als Landschaftsschutzgebiet oder Flächenhaftes Naturdenkmal ausweise, habe man diese Absicherung wohl von Beginn an, meinte er.

Die Stadt Karlsruhe habe nun große „Ruhige Gebiete“, die Neureut mit in die Zwangsehe eingebracht habe, untermauert König.

Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt meint hinsichtlich der „Kann-Regelung“ und der Freiwilligkeit sei es umso erfreulicher, dass Karlsruhe sich hier im städtischen Bereich in einer Vorreiterrolle befinde. Das sei toll. Natürlich wünsche man sich auch, dass hier perspektivisch weiter darangegangen werde.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt die Ausführungen zur Fortschreibung Lärmaktionsplan 2016 – Ruhige Gebiete / Erholungszonen zur Kenntnis.

Zu Punkt 2 der T.O.: **Schülerhort „Spatzennest“ in Neureut**
Hier: vorzeitige Auflösung zum 31.07.2017
schriftliche Vorlage Nr. 13/2017

Der Vorsitzende betont einleitend, dass der Schülerhort Spatzennest während der letzten Jahre kontinuierlich rückläufige Kinderzahlen hatte. Als Ergebnis einer gemeinsamen Planung mit der Einrichtung, der Ortsverwaltung, der Fachbereichsleitung der städtischen Kindertageseinrichtungen und der Jugendhilfeplanung in 2014 wurde am 14.10.2014 im Verwaltungsausschuss des Neureuter Ortschaftsrat das Auslaufen des Hortbetriebes zum 1.9.2018 zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Nordschule Neureut hat 2014 mit dem Ausbau eines Ganztagsangebots begonnen, sodass ab September 2017 für alle Grundschulstufen ein Ganztagsangebot vorhanden sein wird. Des Weiteren wird die Werkrealschule bereits zum 1.9.2017 und nicht wie vorgesehen zum 1.9.2018

auslaufen. Der Schülerhort ist aktuell mit 10 Kindern belegt. Ab September 2017 wären nur noch vier Kinder da. Gespräche mit den Betroffenen haben ergeben, dass sich die Familien den Besuch der Nachmittagsbetreuung in der Ganztagsgrundschule vorstellen können oder nicht auf die Betreuung im Hort angewiesen sind. Daher wird von allen Beteiligten einvernehmlich die vorzeitige Schließung des Schülerhortes zum 31.7.2017 befürwortet. Sollte es Bedarf für Ferienbetreuung geben, kann dies über das Ganztagsschulmodul der Ferienbetreuung oder freie Angebote abgedeckt werden. Im Notfall kann nach Absprache eine Betreuung in einem anderen Hort wahrgenommen werden.

CDU-Ortschaftsrat Detlef Hofmann führt anschließend aus, dass in diesem Fall alles getan wurde und die Zahlen für sich sprächen. Trotzdem sei es nicht im Sinne der CDU, was und wie es passiert sei. Man greife leider dem Ganztagesgipfel am 15. Mai vor, wo die Kultusministerin darstellen wolle, in welche neue Richtung es gehe. In den letzten Jahren habe man sicher zu Recht versucht, die Ganztagesesschulen zu puschen und neue Schwerpunkte zu setzen, denn das Betreuungsangebot der Ganztagesesschulen sei unheimlich wichtig – jedoch auch auf Kosten der Qualität. Die Einrichtung von immer mehr Mischklassen sei kontraproduktiv. Die Rhythmisierung sei in den wenigsten Fällen gegeben gewesen, die Qualität des Unterrichts leide und diese Form werde auch nicht richtig angenommen. Die Kritik der Eltern werde in diesem Bereich immer stärker. Wenn Ganztagesesschule, dann müsse sie verpflichtend angeboten werden. Nur dann sei eine Rhythmisierung gegeben, der Rest müsse eine Halbtagsregelschule mit ergänzender Betreuung sein. In Neureut existiere ein geniales Angebot – andere Stadtteile würden sich darüber glücklich schätzen. Nach dem Ganztagesgipfel müsse man sich massiv mit der Nordschule beschäftigen, wie es da weitergehen solle. Reine Mischklassen seien eine Mogelpackung und ein Auslaufmodell. In Neureut gebe es ein sehr gutes Angebot, deshalb müsse man der Schließung des Hortes zustimmen. Hinsichtlich der Ganztagesesschule meinte er, der Weg sei falsch gewesen, es könne und müsse nachjustiert werden.

SPD-Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber betont, es sei viel getan worden, um diejenigen Eltern und Kinder, die betroffen sind, vor allem auch in den Ferien, aufzufangen. Zur Ganztagesesschule zeigt sie sich erstaunt über die Wahlformen – sie sei immer von einer reinen Ganztagesesschule ausgegangen. Im Interesse der Qualität sei auch sie für eine Änderung. Dennoch sei ein großer Kraftakt vollzogen worden, um die Ganztagesesschule ins Leben zu rufen – jetzt gehe es an die Feinjustierung.

Grünen-Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt findet es lobenswert, dass ein Austausch mit den betroffenen Familien stattgefunden habe. Das sei sehr gut und zeichne Neureut aus, weil dies in direktem Kontakt geschehe. Neureut habe ein großes und flexibles Angebot hinsichtlich der Kinderbetreuung, die derzeitige Nachfrage sei gedeckt. Aus jetziger Sicht mache es keinen Sinn, den Hort mit vier Kindern weiter zu führen.

Hinsichtlich der Ganztageschule verweist sie darauf, dass es Zeit brauche, bis sie laufe und bei Bedarf eben nachjustiert werden könne.

Ortschaftsrätin Brigitte Schmider (FDP) unterstreicht, dass der Schülerhort 27 Jahre fester Bestandteil im Neureuter Betreuungsangebot gewesen sei. Diesen nicht aufrechterhalten zu können, schmerze - auch unter dem Aspekt, an den Neureuter Schulen ein möglichst vielfältiges und individuelles Angebot für die Eltern machen zu können. Man könne jedoch die Auflösung nicht verhindern und dürfe sich den Fakten auch nicht verschließen. Auch deshalb, weil an der Nordschule mit der Nachmittagsbetreuung eine verlässliche Alternative bestehe, könne man der Schließung zustimmen. Wichtig sei ebenfalls gewesen, dass im Vorfeld alle Beteiligten die Entscheidung mitgetragen haben und Lösungen gefunden werden konnten. Zudem sei es ihr, wie sicher auch den weiteren Fraktionen, ein Bedürfnis, Frau Ulrike Notheis und Frau Gabriele Grössl, die von Beginn des Schülerhortes an, 27 Jahre lang am Spatzennest eine außergewöhnlich gute sozialpädagogische Arbeit mit großem Engagement und hoher Empathie geleistet haben, herzlichen Dank zu sagen. Sie haben vielen Kindern in diesen Jahren Heimstatt und Eltern einen sicheren und verlässlichen Hort der Betreuung ihrer Kinder geboten.

Der Vorsitzende sagt zu, den Dank für die gute geleistete Arbeit weiterzuleiten und betont, dass dieser Schritt der Auflösung schwer falle, jedoch lassen die Zahlen keinen anderen Schritt zu, vor allem auch wegen der besonderen Situation des Schülerhortes der Nordschule.

Es kommt einstimmig zu folgendem

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt der vorzeitigen Auflösung des Schülerhortes „Spatzennest“ zum 31.07.2017 zu.

**Zu Punkt 3 der T.O.: **Betreuungsangebote für Kinder und Schüler in
Karlsruhe-Neureut**
-Informationsbericht-
mündlicher Vortrag**

Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Schließung des Schülerhortes der Nordschule war unter anderem auch die Frage nach der allgemeinen Betreuungssituation der Kinder unter sowie über drei Jahren und vor allem der Schulkinder in Neureut aufgetaucht. Dazu ist aus den Reihen des Ortschaftsrates, von FDP-Ortschaftsrätin Brigitte Schmider, gebeten worden, die aktuelle Situation dazustellen.

Zur Kindergartensituation hat Mirja Kinnunen, die städtische Kindergartenplanerin, Ende vergangenen Jahres dargestellt, dass sich die Situation in Neureut zwar deutlich verbessert habe, aber von einem Überangebot an Plätzen noch lange nicht gesprochen werden könne. Dennoch verweist Ortsvorsteher Jürgen Stober darauf, angesichts der unterschiedlichen Angebote wie z.B. Ganztags-, Verlängerte Öffnungszeiten - oder Halbtagsgruppen reichen die derzeit vorhandenen Plätze aus bzw. bestehe ein geringes Überangebot. Neue Einrichtungen und Gruppen werden eine weitere Entlastung bringen, wie beispielsweise die Erweiterung der Kindertagesstätte in Kirchfeld, die „Kirchfeldmäuse“. Diese Einrichtung ist derzeit im Bau und wird in absehbarer Zeit ebenfalls zur Verfügung stehen.

Hauptamtsleiter Achim Weinbrecht präsentiert dem Gremium bei dieser Sitzung einen Überblick zur Betreuungssituation von Kindern in Neureut im Kleinkind-, Kindergarten – und Schulkinderalter, erläuterte Begrifflichkeiten, Kosten, Leistungen und Öffnungszeiten. So gibt es in Neureut 13 Kindertagesstätten, Verlässliche Grundschule, Ergänzende Betreuung an Grundschulen, Schülerhort, Ganztagesgrundschule, Flexible Nachmittagsbetreuung an Grundschulen sowie die Nachmittagsbetreuung am Schulzentrum. Die Kindertageseinrichtungen verfügen über insgesamt 47 Gruppen bei 9 Trägern. Im Dezember 2016 betrug die vorhandene Platzkapazität für die unter Dreijährigen (U 3) 192, bei den über drei Jahre alten Kindern (Ü 3) 567. Davon waren 174 Plätze bei den U 3 belegt sowie 545 bei den Ü 3, was einen leichten Überhang darstelle.

Zudem liefert er Erläuterungen zu den unterschiedlichen Betreuungsformen im schulischen Bereich und legte auch Zeiten sowie die Kosten hierfür dar. Das Land Baden-Württemberg garantiert in der Verlässlichen Grundschule eine verbindliche Unterrichtszeit von der zweiten bis fünften Schulstunde. Für Familien mit einem

weiteren Betreuungsbedarf bietet die Stadt Karlsruhe in der ersten, sechsten und siebten Schulstunde eine bedarfsgerechte Betreuung an Grundschulen an.

Eltern von Grundschulern haben die Möglichkeit, das freiwillige Angebot der Ergänzenden Betreuung der Stadt Karlsruhe an Schultagen von 7.30 Uhr bis 13 Uhr oder von 7.30 bis 14 Uhr an allen Neureuter Grundschulen in Anspruch zu nehmen. An der Nordschule nehmen 41 Kinder, an der Südschule 61 Mädchen und Jungen sowie 95 an der Waldschule dieses Angebot wahr, die meisten hiervon bis 14 Uhr.

Außerdem erfolgen Erläuterungen zum städtischen Schülerhort Spatzennest sowie dem Schülerhort an der Waldschule in Kooperation mit der Kinderstadtkirche, an dem 123 Kinder in sehr flexibler zeitlicher Gestaltung betreut werden. Zudem erfolgt an der Waldschule – ebenfalls durch die Kinderstadtkirche – eine Mittagsbetreuung/flexible Nachmittagsbetreuung im Hort bzw. in den Räumen der Schule für Kinder der 1.- 4. Klasse.

Seit September 2014 wird ebenfalls von der Kinderstadtkirche eine flexible Nachmittagsbetreuung an der Südschule angeboten. 32 Kinder greifen auf dieses Angebot an der Südschule sowie 32 Kinder an der Waldschule zu.

Zur Ganztagesgrundschule wird angeführt, dass die pädagogische Konzeption der Ganztagsgrundschule bei der Stadt Karlsruhe von einem Team, bestehend aus der Lehrerschaft, dem künftigen pädagogischen Fachpersonal und der Elternschaft entwickelt werde. Inhalte des Konzeptes betreffen unter anderem die Rhythmisierung des Tagesablaufs, die Hausaufgaben sind bereits in der Schule gemacht, vielfältige Zusatzangebote zum Beispiel in den Bereichen Sport, Kunst und Musik, individuelle Förderung und Vertiefung des Unterrichtsstoffes. Die Lehrkräfte und die Betreuungsfachkräfte arbeiten auch gemeinsam als Tandem in der Klasse, soweit dies im Rahmen der Vorgaben umsetzbar ist. Die Ganztagsgrundschule findet von Montag bis Donnerstag von ca. 8 bis 16 Uhr statt. Freitags endet die Ganztagsgrundschule gegen 13 Uhr. Eine Betreuung wird bis circa 16 Uhr angeboten. Die Ganztagsgrundschule ist bis auf das Mittagessen kostenfrei. Das Mittagessen kostet maximal 3,50 Euro.

Denn zum Schuljahr 2014/15 hat das Land Baden-Württemberg die Ganztagsgrundschule (GTGS) gesetzlich geregelt. Die Stadt Karlsruhe setzt auf den Ausbau der Ganztagsgrundschulen, die langfristig das Basisangebot der Betreuung darstellen sollen. Durch zusätzliche städtische Ressourcen können die Bereiche „Bildung“, „Erziehung“ und „Betreuung“ besser miteinander verzahnt und eine hortähnliche Betreuungsabdeckung angeboten werden.

An der Nordschule besuchen 85 Kinder die Ganztagesgrundschule.

Anschließend gibt es noch einen kurzen Überblick über die Nachmittagsbetreuung am Schulzentrum. Hier können von Montag bis Freitag Schüler/innen der Klassen 5 bis 7 von 14.00 – 16.30 Uhr auf Wunsch der Eltern betreut werden. Die Betreuung erfolgt durch KLEVER, den Karlsruher Lernverbund, der der Stadt Karlsruhe angegliedert ist. Sie wird unterstützt durch weitere Mitarbeiter/innen bzw. durch Schüler/innen der gymnasialen Oberstufe. Im Rahmen der Betreuung findet immer auch eine Hausaufgabenbetreuung statt. Anschließend gibt es wechselnde Spiel- und Bastelangebote. Zudem findet eine Hausaufgabenbetreuung täglich von 14 – 15 Uhr im Raum 230 statt. Sie erfolgt durch Schüler/innen der Oberstufe (Einarbeitung u. Supervision durch eine Lehrkraft des Gymnasiums Neureut. Im Mittelpunkt stehen natürlich die Hausaufgaben). Die Teilnahme ist kostenlos, eine verbindliche Anmeldung ist erforderlich.

Es existiere in Neureut, so die Bilanz von Hauptamtsleiter Weinbrecht, ein ausreichendes Angebot, das sich flexibel darstelle und auf die individuellen Bedürfnisse von Familien eingehe.

Erfreut zeigt sich **Ortschaftsrat Detlef Hofmann** über die Präsentation. Bereits seit Jahren wünsche man sich eine solche stadtteilbezogene Übersicht im Schulbeirat, um zu wissen, wo die Bedarfe liegen. Im Bereich Neureut habe man genau das, was die Eltern wollen, nämlich eine flexible Betreuung. Sie sei tage-, fast stundenweise zubuchbar und genau so sei es für die Eltern optimal machbar. Es sei alles vorhanden, von einer Ganztageschule bis zu einer punktuellen Betreuung. Das sei genau das, was die CDU seit Jahren fordere.

Von 669 Kindern wollen 584 Eltern eine flexible Betreuung haben, analysiert Hofmann die Zahlen. Nur 85 Kinder belegen die Ganztagesgrundschule an der Nordschule. Für ihn hieße das, dass wenn man dort weiter die Ganztagesgrundschule wolle, man sie so gut machen müsse, dass sie mehr wollen. Er meint jedoch auch, es gebe in Neureut spezielle Anforderungen, die anders sind als beispielsweise in der Südstadt oder Oberreut, deshalb sollte das Angebot stadtteilbezogen sein. Mit den vorgelegten Zahlen für Neureut könne man sehr gut weiterarbeiten

Ortschaftsrätin Brigitte Schmider ist ebenfalls angetan von der Darstellung und den Zahlen. Sie dankt der Ortsverwaltung, dass sie so schnell auf ihren Wunsch eingegangen sei. Ihrer Fraktion sei eine flexible Betreuung, um auf die ganz individuellen Bedürfnisse der Familien einzugehen, immer äußerst wichtig gewesen. Deshalb habe man damals auch so gekämpft, damit an der Südschule eine

Nachmittagsbetreuung eingerichtet wurde, um die vielen Möglichkeiten und Wünsche zu rechtfertigen. Für Neureut finde sie es prima und sei auch stolz auf alle Beteiligten, die daran arbeiten, dies umsetzen zu können, betonte sie. Bezüglich der Ganztagesesschule erinnerte sie daran, dass es damals dem Ortschaftsrat wichtig gewesen sei, die Wahlmöglichkeit zu haben. Grundsätzlich freue sie sich über die Zahlen. Sie denke, dass die meisten Eltern, die eine Möglichkeit der Betreuung suchen, die hier finden.

Auch **Barbara Rohrhuber, Fraktionsvorsitzende**, beurteilt die vorgestellten Zahlen als toll. Was sie in Sachen Ganztagesesschule immer umgetrieben habe, wobei sie sich intensiv damit beschäftigte, sei die Qualitätsmöglichkeit durch die Rhythmisierung gewesen. Diese sei jetzt eben nicht gewährleistet, was sie zutiefst bedauere. Ein wesentlicher Aspekt sei für sie immer gewesen, dass die Ganztagesesschule für Familien mit mehreren Kindern finanziell wesentlich leichter zu managen sei als die flexiblen Betreuungen. Deshalb wäre es schön, wenn die Ganztagesesschule in der gewünschten Form als wirkliche Ganztagesesschule funktionieren könnte – auch als Chance für diese Kinder!

Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt charakterisiert die Ausarbeitung ebenfalls als sehr hilfreich.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt die Information/Präsentation der Betreuungsangebote für Kinder und Schüler in Karlsruhe-Neureut zur Kenntnis.

Zu Punkt 4 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung

4.1 Der Vorsitzende informiert:

-) Auf eine zurückliegende Anregung von Ortschaftsrat Dieter König ist nun WLAN am Neureuter Platz, in der Badnerlandhalle sowie im Neureuter Rathaus verfügbar. Aufgrund der Schaffung von technischen Voraussetzungen hat es längere Zeit gedauert, bis es installiert war.
-) Mittlerweile ist die Uhrenanlage mit Temperaturanzeige am Neureuter Platz errichtet. Eine offizielle Übergabe soll am 24. April um 18 Uhr in Anwesenheit von Mitarbeitenden der Sparkasse erfolgen.

-) Die Stadt Karlsruhe stellt künftig Neureut drei Geschwindigkeitshinweistafeln zur Verfügung. Neureut ist der erste Stadtteil, in dem solche Tafeln aufgehängt werden und zwar an der

Grabener Straße (Überquerungshilfe)

Von Neureut - Heide kommend am Ortseingang Welschneureuter Straße Richtung Heide zwischen Alter Postweg/Heckenrosenweg.

Auf Nachfrage von **Ortschaftsrätin Karin Heidke**, ob eine Tafel auch in Kirchfeld installiert werden könne, antwortet Hauptamtsleiter Achim Weinbrecht, dies sei aufgrund der städtischen Vorgaben, bei denen neun Punkte zu erfüllen seien, nicht möglich.

Ortschaftsrätin Barbara Rohrhuber möchte wissen, ob die Tafeln mit Zählfunktion bzw. Überschreitungshinweis ausgestattet sind? Dies wird mit „Nein“ beantwortet.

-) von einem Brief der Rektorin der Waldschule, in dem über einen fotografierenden Mann informiert wurde, der im Februar zwei Schülerinnen angesprochen und fotografiert habe. Die Eltern haben die Polizei verständigt. Zudem habe sich Anfang März ein ähnlicher Vorfall bei der Waldgruppe abgespielt. Hier habe der Erzieher eingegriffen und den Mann aufgefordert, die Bilder zu löschen, was dieser auch dann tat. Es sei Anzeige erstattet worden. Auch die Waldschule habe informiert und sich direkt bei der Polizei gemeldet.

Zu Punkt 5 der T.O.: **Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat**

- 5.1 Ortschaftsrätin Barbara Rohrhuber** fragt nach, wer zuständig sei, um eine Blitzsäule an der Kreuzung Querspange/Gewerbegebiet/Linkenheimer Landstraße zu beantragen. Es komme hier oft zu sehr gefährlichen Situationen, weil Fahrzeuge mit zu hoher Geschwindigkeit stadtauswärts fahren.

Antwort:

Der Ortsverwaltung will sich über die entsprechenden Voraussetzungen für die Installation einer Blitzsäule erkundigen.

- 5.2 Ortschaftsrat Klaus Bluck** zeigt sich skeptisch und kritisiert das Vorgehen beim Projekt der Netzausbaus bzw. Netzverstärkung von TransnetBW.

Das stattgefundene trilaterale Gespräch habe seiner Meinung zum Ergebnis, dass nur noch über die Variante gesprochen werde, die TransnetBW entgegenkomme. Er bittet dringend, die besprochenen Alternativen weiter in den Prozess mit einzubringen. Auch der städtische Umwelt und Arbeitsschutz habe noch keine Stellungnahme abgegeben (Natur-Vogelschutz etc.).

Der Vorsitzende betont, es seien bei dem Gespräch keinerlei Entscheidungen getroffen worden und führt nochmals die im Ortschaftsrat beratenen Vorschläge an und skizziert das weitere Vorgehen bzw. den Projektprozess.

Beim Infomarkt am 4. April kann die Thematik mit Experten und TransnetBW aufgegriffen werden.

TransnetBW leite den möglichen Trassenvorschlag an die Bundesnetzagentur weiter.

Ortschaftsrat Karsten Lamprecht stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, die Diskussion hier zu beenden und das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Technischen Ausschusses zu bringen. Dabei sollen alle Mitglieder auf den gleichen Informationsstand gebracht und die Erkenntnisse vom Infomarkt einbezogen werden.

Der Ortschaftsrat stimmt dem Antrag zu.

5.3 Ortschaftsrat Karsten Lamprecht erinnert an den CDU-Antrag zur Neugestaltung Kreisel Nordspange.

Antwort:

Die Ortsverwaltung stehe bereits mit dem städtischen Tiefbauamt darüber in Kontakt. Bisher gebe es jedoch noch kein Ergebnis. Man wolle dies bei einem am 3. April stattfindenden Gespräch mit dem neuen Leiter des Tiefbauamtes thematisieren.

Zudem werde in der kommenden Sitzung der Antrag zum Thema Bäume/Oberfeldstraße besprochen.

5.4 Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt

a)

teilt mit, dass am Spielplatz beim Kiefernweg öfters eine Drohne hochsteige. Sie bitte darum zu klären, ob dies erlaubt sei oder nicht.

b)

stellt klar, dass die Abbildung beim Antrag der Grünen zum Landschaftsschutzgebiet/Flächenhaftes Naturdenkmal in der vergangenen

Sitzung nicht von den Grünen stamme. Sie gehöre nicht zum Antrag und habe für Verwirrung gesorgt. Bisher konnte nicht herausgefunden werden, wie die Abbildung zum Antrag gekommen sei.

Antworten:

Zu a)

Um den Besitzer mit der Thematik konfrontieren zu können, wäre es hilfreich ihn anzusprechen, um seinen Namen etc. zu erfahren

Zu b)

Es wird aufgegriffen, auch von der Ortsverwaltung wird nochmals recherchiert und der Passus eventuell aus dem Protokoll genommen werden.

- 5.5 Ortschaftsrätin Brigitte Schmider** erinnert daran, dass in der Vergangenheit immer ein Dialog bzw. Austausch über die Jugendarbeit im Trafohäusle stattgefunden habe. Ist dies eingeschlafen?

Antwort:

In der Sitzung des Ortschaftsrates im Mai wird die Kriminalstatistik vorgestellt werden. In dieser Sitzung ist auch vorgesehen, das Jugendzentrum zu Wort kommen zu lassen.

- 5.6 Ortschaftsrat Dieter König**

a)

zeigt sich erfreut, dass das WLAN nun funktioniere. Er dankt besonders Hauptamtsleiter Achim Weinbrecht dafür, dass sich dieser dafür sehr engagiert habe. Als Idee schwebt ihm eine offizielle Einweihung im Rahmen des „Internetcafés 55plus“ in der Badnerlandhalle vor.

b)

findet die installierte Uhr am Neureuter Platz gut, weist aber darauf hin, dass die Temperaturanzeige nicht richtig funktioniere. Gestern Abend habe sie 28 Grad um 18 Uhr angezeigt.

c)

fragt nach, ob die Bank hinter dem Kirchfeldspielplatz wieder aufgestellt werde, da sie sehr gefragt sei?

Antworten:

Zu a)

Am 16. Juni feiert das Internetcafé sein fünfjähriges Bestehen. Dabei könne man die Einweihung des WLAN als Thema mit aufnehmen. Der Vorsitzende will mit Herrn Riemer darüber sprechen.

Zu b und c):

Überprüfung zugesagt.

5.7 Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt regt an, da der Bedarf nach Bioprodukten steige, diese mit einem Biostand auf dem Neureuter Wochenmarkt anzubieten. Gibt es hierzu Regularien?

Antwort:

Das Anliegen wird an das städtische Marktamt weitergeleitet.

5.8 Ortschaftsrätin Irene Moser

a)

dankt für die mittlerweile installierte Überquerungshilfe in Kirchfeld Nord im Bereich des Fortuna Kirchfeld.

b)

bittet darum, die Schlaglöcher am Fahrradweg bei Fortuna Kirchfeld aufzufüllen bzw. den Weg mit Splitt wegen der dortigen Schlammentwicklung zu planieren.

c)

der Bolzplatz südlich von Fortuna werde gut angenommen. Eltern fragen nun nach, ob es möglich sei, dass hier Bolzplatz-Tore aufgestellt werden können?

Antworten:

zu b

Überprüfung zugesagt.

zu c)

Überprüfung zugesagt. Es handelt sich hierbei um keine offizielle Spielfläche. Wenn Tore aufgestellt werden, sind Fragen zur Versicherung, Wartung etc. zu klären.

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: